

An die Senatorin für Kinder und Bildung

Antrag der SPD-Fraktion für den Beirat Gröpelingen

Dreizügiger Ausbau der gebundenen Ganztagsgrundschule Auf den Heuen

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Kinder und Bildung in Zusammenarbeit mit Immobilien Bremen auf, unverzüglich mit der Aufstellung eines Interims, zum dreizügigen Ausbau, entsprechend des vorhandenen Schulkonzeptes zum Schuljahresbeginn 2025/26 zu stellen und mit der Planung für einen Erweiterungsbau unter Erhalt des vorhandenen Raumkonzeptes zu beginnen.

Begründung:

Die anhaltend steigenden Schüler:innenzahlen in Gröpelingen, Ortsteil Oslebshausen, die sich auch wieder für das kommende Schuljahr (2025/2026) zeigen, erfordern den bereits am 10.01.2024 einstimmig gefassten Beschluss des Beirates Gröpelingen, zum Dreizügigen Ausbau der gebundenen Ganztagschule 010 Auf den Heuen endlich umzusetzen.

Durch den demographischen Wandel im Ortsteil finden viele der Häuser neue Besitzer, darunter zunehmend junge Familien, die sich den Ortsteil noch leisten können. Auch die Bautätigkeit im Rahmen der Innenverdichtung hält auf den wenigen Freiflächen noch an. Bautätigkeiten gibt es zurzeit an der Ritterhuder Heerstraße, hier entstehen diverse Doppelhäuser in mehreren Bauabschnitten. In der Planung sind noch die Reihersiedlung und auf den Hunnen zu denen schon Bauvoranfragen gestellt wurden.

Das seit 19 Jahren erfolgreich aufgebaute Schulkonzept - jahrgangsübergreifenden Lernens, multiprofessionelles Team, inklusives Arbeiten, Förderung der Eigenverantwortung der Schüler:innen – hat gerade in einem Stadtteil wie Gröpelingen seine Berechtigung: Die pädagogischen und sozialen Herausforderungen wachsen an den Schulen kontinuierlich: Der überwiegende Teil der Kinder hat mit Armut und gesellschaftlicher Exklusion zu kämpfen, die meisten Kinder benötigen umfangreiche Unterstützung, die ihnen das Elternhaus nicht geben kann. Schulen müssen in Gröpelingen das ausgleichen, was Eltern aufgrund prekärer sozialer Lagen und/oder traumatischer Flucht- und Kriegserfahrungen und/oder sprachlicher Probleme nicht leisten können im Sinne der Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit.